

Vernetzung im Dienste Schwerkranker

Palliative Care An einem Podium in Solothurn diskutierten Vertreter von Politik, Ärzten und Spitex

VON ELISABETH SEIFERT

Menschen in der letzten Lebensphase praktische Lebenshilfe bieten – das will Palliative Care. Und weil in einer Situation, wo keine Hoffnung auf Heilung mehr besteht, medizinisches Wissen alleine nicht genügt, um den Betroffenen zu helfen, verschreibt sich Palliative Care dem Netzwerkgedanken. Schwer kranke Menschen sollen ganz nach dem Motto «gemeinsam statt einsam» von einem interdisziplinären Team, das auch die sozialen und psychologischen Bedürfnisse miteinbezieht, Unterstützung erhalten. Das jedenfalls ist das Ziel. Bis es aber so weit ist, ist noch ein gutes Stück Arbeit zu bewältigen. Das machte eine öffentliche Veranstaltung deutlich, die auf Einladung des Palliative-Care-Netzwerks Kanton Solothurn am Donnerstagabend in der Pädagogischen Hochschule in Solothurn stattgefunden hat.

Die Grenzen der Medizin

In einem «Roundtable»-Gespräch unter der Leitung von Radio-DRS-Moderator Jakob Fuchs betonten Vertreter von Politik, Ärzteschaft und Spitex die Bedeutung der vernetzten Ver-

«Palliative Care ist die Rückkehr des gesunden Menschenverstandes in die Medizin.»

Christoph Cina, Präsident des Solothurner Netzwerks

sorgung. «Palliative Care ist eine Haltung, die dabei hilft, die Grenzen der Medizin zu anerkennen», sagte etwa Dieter Breil, Chefarzt für Altersmedizin in der Spitalregion Ost der Solothurner Spitäler AG. Ganz ähnlich meinte Christoph Cina, Hausarzt in Messen und Präsident des Solothurner Netzwerks: «Palliative Care ist die Rückkehr des gesunden Menschenverstandes in die Medizin.» Und: «Wenn aus einer rein medizinischen Perspektive für jemanden nichts mehr getan werden kann, lassen sich dank der Zusammenarbeit der Professionen gute Resultate erzielen.»

Für Kathrin Lanz, Geschäftsführerin des Spitex-Vereins Solothurn, ermöglicht die vernetzte Versorgung,



Lebhafte Tischrunde: Unter der Leitung von Radio-DRS-Moderator Jakob Fuchs debattierten unter anderem Dieter Breil, Chefarzt Altersmedizin in der Spitalregion Ost, sowie Hausarzt Christoph Cina (v.l.). FELIX GERBER

dass Menschen auch alleine zu Hause sterben können. Gesundheitsdirektor Peter Gomm unterstrich, dass er in seiner Zeit als Anwalt mehrfach erlebt habe, dass die Aussprache zwischen medizinischem Personal, Angehörigen und Betroffenen zu «guten Situationen» für schwerst kranke Menschen geführt habe.

Knackpunkt Finanzen

Neben einem Plädoyer für die Idee der vernetzten Versorgung zeigten die Voten der Podiumsteilnehmenden aber auch, dass es für eine erfolgreiche Umsetzung noch einige – gemeinsame – Anstrengungen braucht. Altersmediziner Dieter Breil gab zum Beispiel zu bedenken, dass für ein reibungsloses Funktionieren der Behandlungskette eine gute Kommunikation zwischen den zusehenden und abnehmenden Ärzten bzw. Organisationen notwendig ist. «Wir müssen mehr miteinander reden und dürfen uns nicht einfach mit dem Versenden von E-Mails begnügen.» Breil spricht damit der Vertreter der Spitex aus dem Herzen: «Eine gute Vernetzung ist nötig, damit zum Beispiel eine Einweisung ins Spital möglichst stressfrei erfolgt.» Grosse

Sorgen bereitet Kathrin Lanz vor allem die finanzielle Situation der – von den Gemeinden mitfinanzierten – spitalexternen Versorgung. «Auf uns kommt immer mehr Arbeit zu, die von der Krankenversicherung nicht voll abgegolten wird.» Unter anderem haben Veränderungen bei den Spitalern, sprich: die kürzere Aufenthaltsdauer der Patienten, finanzielle Auswirkungen auf die Spitex. «Wir hoffen, dass der Kanton hier Beiträge leistet.»

Auch Netzwerk-Präsident Christoph Cina würde sich über finanzielle Hilfe vom Kanton freuen: «Unser Wunsch ist es, dass wir für unsere Vernetzungsarbeit einen Leistungsauftrag vom Kanton erhalten.» Ein Wunsch, den Regierungsrat Peter Gomm immerhin zur Kenntnis nimmt: «Wir werden das anschauen müssen.» Zuvor müsse allerdings die nationale Palliative-Care-Strategie ausgearbeitet werden, meinte Gomm. Ebenfalls auf Bundesebene sei zu klären, wie Leistungen der Palliative Care finanziert werden sollen, die nicht zu den KVG-Pflichtleistungen gehören. Ganz untätig ist der Kanton in Sachen Palliative Care aber auch jetzt nicht. Ab 2012 erhält

die Spitäler AG einen Leistungsauftrag zur Einrichtung einer Palliative-Care-Station mit 12 Betten.

Palliative Care in der Schweiz

Bund und Kantone haben 2008 das Nationale Fördergremium «Palliative Care» eingesetzt. Unter der Leitung des Bundesamtes für Gesundheit und der eidgenössischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren (GDK) wird bis 2012 eine nationale Strategie erarbeitet. Deren Ziel: Palliative-Care-Leistungen sollen überall angeboten und für alle zugänglich sein. Zudem müssen diese internationalen Standards entsprechen. Im Kanton Solothurn ist im Jahr 2005 eine erste Arbeitsgruppe gegründet worden. Ende Januar 2009 wurde dann der Verein «Palliative Care Netzwerk Kanton Solothurn» aus der Taufe gehoben. Mitglieder sind der Verband der Solothurner Hausärzte und die Solothurner Krebsliga sowie der kantonale Spitexverband, die Solothurner Spitäler AG, die Alters- und Pflegeheime, die Pro Senectute Kanton Solothurn und Sr. Verena Walter. (ESF)

Zahl schwererer Delikte nimmt zu

Jugendankwaltschaft Das Erfreuliche zuerst: Insgesamt hatte die Solothurner Jugendankwaltschaft im letzten Jahr weniger Fälle auf dem Tisch. Die Fallzahl ging von 1636 auf 1468 zurück. Doch das Unerfreuliche folgt sogleich: «Dieser Rückgang ist ausschliesslich auf leichte Fälle (Übertretungen) zurückzuführen», betont Bruno Hug, Leiter der Jugendankwaltschaft. Und: «Schwerere Fälle – Verbrechen und Vergehen – haben von 348 Fällen im 2009 auf 368 Fälle im letzten Jahr zugenommen.»

Bei den Gewaltdelikten nahmen Strafanzeigen wegen Drohungen und Nötigungen von 24 auf 33 Fälle zu, während Körperverletzungen von 38 auf 30 zurückgegangen sind. Die Anzahl Entwendungen von Motorfahrzeugen zum Gebrauch ist deutlich, von 18 auf 28 Fälle, angestiegen. Die Jugendankwaltschaft betont aber, dass dies noch «wesentlich tiefer als im Rekordjahr 2008 mit 52 Fällen» sei.

Neuer Tatort: Chatroom

Auffallend ist gemäss Hug, dass jugendliche immer häufiger mit virtuellen Fehlritten Probleme haben: «Sie wissen auch in Netzwerken und Chatrooms überhaupt nicht, was sich gehört und was Anstand ist und haben dann Probleme wegen Beschimpfungen.» Der schwierige Umgang mit neuen Kommunikationsformen widerspiegelt nach Meinung Hugs auch die in mehrfacher Hinsicht feststellbare Überforderung mancher Elternhäuser. Eine Situation, die mit instabilen familiären Verhältnissen oft noch akzentuiert werde.

Der Ausländeranteil unter den Klienten der Jugendankwaltschaft ist rund doppelt so hoch wie jener der Schweizer. Hug: «Jugendliche aus dem Balkan und der Türkei sind besonders stark vertreten. Probleme mit der Integration haben aber oft auch junge Menschen aus Zentral- und Südamerika.»

Immer mehr Fremdplatzierungen

Mit Fremdplatzierungen versucht die Jugendankwaltschaft immer häufiger, Kinder und Jugendliche aus problematischen Situationen herauszuholen: Im letzten Jahr musste die Schutzmassnahme der Umplatzierung laut Hug neu in 17 Fällen (Vorjahr 9) ausgesprochen werden. Insgesamt mussten im letzten Jahr 53 (Vorjahr 45) Jugendliche kürzere oder längere Zeit in geeigneten Institutionen leben. (UMS.)

Vorlagen im Schatten der vermuteten «politischen Intrige»

Parteitag Die SVP Kanton Solothurn traf sich in Härkingen zur Parolenfassung. Sie lehnte alle Vorlagen ausser dem Kredit für das Parkhaus des Kantonsospitals Olten ab.

VON CYRIL LÜDI

114 stimmberechtigte SVP-Mitglieder trafen sich am Donnerstagabend im Restaurant «Zur Spanischen» in Härkingen zur Parolenfassung für die eidgenössischen und die kantonalen Vorlagen vom 13. Februar (vgl. gestrige Ausgabe). Zudem informierte die Parteispitze über die «politische Schlammochter gegen Kantonalpräsident Heinz Müller» (Grenchen).

«Schmutzkampagne» gegen SVP

«Ich habe in dieser Angelegenheit die volle Unterstützung von Toni Brunner und Christoph Blocher», gab Kantonsrat Heinz Müller gleich zu Beginn des Abends bekannt. Darauf ergriff Kantonsrat Roman S. Jäggi (Fulenbach) das Wort und machte klar, dass er kaum noch Zweifel an einem politisch motivierten Hintergrund in der Straftaufensuchung wegen Steuerbetrugs gegen Heinz Müller habe. Er

wiederholte Vorwürfe, die bereits im Rahmen einer SVP-Medienkonferenz erhoben worden waren. Müller sei in seiner Funktion als Kantonsrat dem Finanzdirektor Wanner und dem damaligen Chef des Steueramts mit Geschäftsin im Kantonsrat dreimal kritisch an den Karren gefahren. Nur wenige Wochen nach der Debatte vom 30. Januar 2007 habe das Steueramt plötzlich um einen Termin für eine Steuerprüfung bei Heinz Müllers Firma Elpex AG gebeten.

Nach Jäggis Meinung wirft das die Frage auf, ob dies alles bloss Zufall sei? Jäggi führte noch weitere Vermutungen für eine politische Intrige auf. Alles ziele darauf ab, dass «der Angeschuldigte möglichst lange Schaden im Wahljahr 2011 nehmen kann».

Er sei sich bewusst, sagte Jäggi, dass all diese Behauptungen und Hinweise auf ein politisch motiviertes

Für die SVP ist klar, dass Heinz Müller in seinen Ämtern bleiben muss.

Verfahren nur Vermutungen seien, politische Intrigen liessen sich aber nicht beweisen. Für die SVP sei klar,



Heinz Müller erklärt Parteimitgliedern seine Optik der Dinge. CYRIL LÜDI

dass Heinz Müller in seinen Ämtern verbleibe, führte Jäggi weiter aus. Und auch seine Kandidatur für den Nationalrat sei aus Sicht der Partei weiterhin erwünscht. Als Gegenmassnahme habe Müller «Klage wegen Verletzung der Persönlichkeitsrechte» gegen den Kanton Solothurn eingereicht, da Informationen über das Verfahren gegen ihn an die Medien weitergegeben worden seien.

Das Referat gegen die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» hielt Nationalrat Walter Wobmann. Er machte deutlich, dass seiner Meinung nach die Soldaten, die ihre Dienst- oder Ordonnanzwaffe nach Hause nehmen, sehr wohl mit dieser umgehen können. «Selbst die Gründungsväter 1291 durften eine Hellebarde zu Hause haben und nicht einmal die Habsburger haben das verbo-

ten», erklärte Wobmann den Parteimitgliedern. Auch das von der Initiative geforderte eidgenössische Waffenregister sei unnötig, da die Kantone ihre eigenen Register führen würden. Die Versammlung beschloss einstimmig die Nein-Parole.

Zweimal Nein und einmal Ja

Auch für die kantonalen Vorlagen wurden Parolen gefasst. Die FDP-Initiative «Familienfreundliche Tagesstrukturen in den Solothurner Gemeinden» wurde mit 107 Nein gegen 1 Ja klar abgelehnt. Allerdings kam es nach dem Referat von Kantonsrat Thomas Eberhard zu einigen emotionalen Voten, als ein Mitglied auf die Bedeutung von Tagesstätten für Alleinerziehende aufmerksam machte. Roman Jäggi entgegnete: «Auch Alleinerziehende tragen die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder selbst.» Es dürfe nicht sein, dass die traditionelle Familie immer mehr in den Hintergrund rücke.

Die von der SP lancierte Initiative «für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien» wurde mit 110 Nein-Stimmen deutlich abgelehnt. Einzig die Vorlage für den «Neubau eines Parkhauses für das Kantonssspital Olten» erhielt mit 102 Ja gegen 1 Nein die Zustimmung.